

Prova A18-A19_SUP

Prova comune di Filosofia per ambito disciplinare 6 - A18 Filosofia e Scienze umane - A19 Filosofia e Storia

Domande a risposta aperta

Quesito 1 - Si spieghi brevemente come si può introdurre il tema platonico dell'Eros in una classe di liceo classico, anche con riferimenti interdisciplinari e cenni ad interpretazioni contemporanee.

Quesito 2 - Il candidato descriva in quale modo un'opera di Agostino può essere proposta in lettura ad una classe: quali i presupposti, quali gli obiettivi didattici, quale il suo ruolo all'interno dell'itinerario dell'anno scolastico.

Quesito 3 - Comprendere il significato del termine «trascendentale» nella filosofia di Kant è indispensabile per interpretare correttamente gli snodi fondamentali della sua filosofia e buona parte di quella a lui successiva. Il candidato illustri come questo termine può essere spiegato in una lezione, anche facendo uso di analogie ed esempi. Illustri anche brevemente i passi di Kant che utilizzerebbe per chiarirne il significato.

Quesito 4 - Il candidato tracci un'ipotesi di itinerario didattico in cui, partendo dalla Prefazione della Fenomenologia dello Spirito di Hegel, si confronti il pensiero hegeliano con quello delle filosofie immediatamente precedenti.

Quesito 5 - Si proponga un percorso tematico (specificando eventualmente anche i testi presi in esame) che affronti il rapporto tra psicoanalisi e filosofia.

Quesito 6 - Un carattere ricorrente nella storia della filosofia è l'affermazione del sapere come elemento essenziale di libertà. Il candidato ipotizzi un itinerario didattico che su questo sfondo ponga a tema il ruolo della formazione scolastica e accademica.

Domande a risposta multipla - DE

Quesito 7 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

INTEGRATION

Wenn Schüler die Ferien verweigern

Über den Verein Solinetz geben 60 Lehrer in Winterthur Deutschkurse für Asylsuchende. Viele Schüler wollen so viel lernen, dass ihnen Ferien ungelegen kommen.

«Sicher, kommen Sie vorbei, aber seien Sie pünktlich», bittet mich Constanze Schade am Telefon. 8.28 Uhr komme ich im Jugendzentrum Gleis 1b in Oberwinterthur an. Zwei Minuten, bevor der Deutschkurs für Flüchtlinge beginnt, sitzen 10 der 14 Teilnehmer bereits dort, gespitzter Bleistift, Heft und Buch vor sich auf dem Tisch. Ali, Shafiq und Salma huschen im letzten Moment noch zur Tür herein und setzen sich ins Halbrund. Die Lehrerin begrüsst sie und nickt freundlich-mahnend mit dem Kopf. Wer zu spät kommt, muss sich erklären. Denn gewisse Regeln sind nicht verhandelbar bei den kostenlosen Intensiv-Deutschkursen für Asylsuchende, welche

die Regionalgruppe des gemeinnützigen Vereins Solinetz seit Mai auch in Winterthur anbietet.

«Pünktlichkeit ist für uns ein Zeichen des gegenseitigen Respekts», sagt Schade, die Lehrerin. Getrödel wird bei ihr definitiv nicht. Nach vier Monaten hält bereits jeder zweite ihrer Klasse sein erstes Sprachdiplom (A1) in der Hand. Und alle drängen bereits darauf, sich für die A2-Prüfung anzumelden.

Strenger Knigge, aber...

Doch trotz Knigge und klaren Regeln herrscht im Deutsch-Kurs keine Atmosphäre wie in der Klosterschule. Hier, so scheint es, arbeitet ein Team auf ein gemeinsames Ziel hin: Deutsch zu lernen, um rasch Anschluss zu finden und wieder selbstständiger zu werden. Die Gruppe ist bunt gemischt. Jugendliche und Erwachsene aus Eritrea, Äthiopien, Somalia, Afghanistan und dem Irak treffen sich viermal pro Woche für 12 bis 14 Lektionen.

Die meisten der Kursteilnehmer haben einen N-Ausweis. Ihr Asylverfahren läuft noch, sie leben von der Nothilfe, haben also Anspruch auf Nahrung, Kleidung, ein Obdach und medizinische Versorgung, nicht aber auf Integrationshilfe. Die meisten wohnen in der maroden Wohnsiedlung Hegifeld, ziehen aber bald ins neue Provisorium Grüzefeld um.

Aus: <http://www.landbote.ch/winterthur/standard/wenn-schueler-die-ferien-verweigern/story/15120861>
[27.04.2017]

Woran müssen sich die Teilnehmenden am Intensivkurs halten?

- a) Schweizer Lernverhalten
- b) Kompetenzorientiertheit
- c) stetige Aufmerksamkeit
- d) Pünktlichkeit

Quesito 7 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

INTEGRATION

Wenn Schüler die Ferien verweigern

Über den Verein Solinetz geben 60 Lehrer in Winterthur Deutschkurse für Asylsuchende. Viele Schüler wollen so viel lernen, dass ihnen Ferien ungelogen kommen.

«Sicher, kommen Sie vorbei, aber seien Sie pünktlich», bittet mich Constanze Schade am Telefon. 8.28 Uhr komme ich im Jugendzentrum Gleis 1b in Oberwinterthur an. Zwei Minuten, bevor der Deutschkurs für Flüchtlinge beginnt, sitzen 10 der 14 Teilnehmer bereits dort, gespitzter Bleistift, Heft und Buch vor sich auf dem Tisch. Ali, Shafiq und Salma huschen im letzten Moment noch zur Tür herein und setzen sich ins Halbrund. Die Lehrerin begrüsst sie und nickt freundlich-mahnend mit dem Kopf. Wer zu spät kommt, muss sich erklären. Denn gewisse Regeln sind nicht verhandelbar bei den kostenlosen Intensiv-Deutschkursen für Asylsuchende, welche die Regionalgruppe des gemeinnützigen Vereins Solinetz seit Mai auch in Winterthur anbietet.

«Pünktlichkeit ist für uns ein Zeichen des gegenseitigen Respekts», sagt Schade, die Lehrerin. Getrödel wird bei ihr definitiv nicht. Nach vier Monaten hält bereits jeder zweite ihrer Klasse sein erstes Sprachdiplom (A1) in der Hand. Und alle drängen bereits darauf, sich für die A2-Prüfung anzumelden.

Strenger Knigge, aber...

Doch trotz Knigge und klaren Regeln herrscht im Deutsch-Kurs keine Atmosphäre wie in der Klosterschule. Hier, so scheint es, arbeitet ein Team auf ein gemeinsames Ziel hin: Deutsch zu lernen, um rasch Anschluss zu finden

und wieder selbstständiger zu werden. Die Gruppe ist bunt gemischt. Jugendliche und Erwachsene aus Eritrea, Äthiopien, Somalia, Afghanistan und dem Irak treffen sich viermal pro Woche für 12 bis 14 Lektionen. Die meisten der Kursteilnehmer haben einen N-Ausweis. Ihr Asylverfahren läuft noch, sie leben von der Nothilfe, haben also Anspruch auf Nahrung, Kleidung, ein Obdach und medizinische Versorgung, nicht aber auf Integrationshilfe. Die meisten wohnen in der maroden Wohnsiedlung Hegifeld, ziehen aber bald ins neue Provisorium Grüzefeld um.

Aus: <http://www.landbote.ch/winterthur/standard/wenn-schueler-die-ferien-verweigern/story/15120861>
[27.04.2017]

Die meisten Teilnehmer des Deutschkurses ...

- a) ... warten noch auf den Bescheid über ihren Asylantrag.
- b) ... sind schon im Besitz der Aufenthaltsgenehmigung.
- c) ... sind ältere Erwachsene.
- d) ... haben Anrecht auf Asyl.

Quesito 7 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

INTEGRATION

Wenn Schüler die Ferien verweigern

Über den Verein Solinetz geben 60 Lehrer in Winterthur Deutschkurse für Asylsuchende. Viele Schüler wollen so viel lernen, dass ihnen Ferien ungelegen kommen.

«Sicher, kommen Sie vorbei, aber seien Sie pünktlich», bittet mich Constanze Schade am Telefon. 8.28 Uhr komme ich im Jugendzentrum Gleis 1b in Oberwinterthur an. Zwei Minuten, bevor der Deutschkurs für Flüchtlinge beginnt, sitzen 10 der 14 Teilnehmer bereits dort, gespitzter Bleistift, Heft und Buch vor sich auf dem Tisch. Ali, Shafiq und Salma huschen im letzten Moment noch zur Tür herein und setzen sich ins Halbrund. Die Lehrerin begrüsst sie und nickt freundlich-mahnend mit dem Kopf. Wer zu spät kommt, muss sich erklären. Denn gewisse Regeln sind nicht verhandelbar bei den kostenlosen Intensiv-Deutschkursen für Asylsuchende, welche die Regionalgruppe des gemeinnützigen Vereins Solinetz seit Mai auch in Winterthur anbietet. «Pünktlichkeit ist für uns ein Zeichen des gegenseitigen Respekts», sagt Schade, die Lehrerin. Getrödel wird bei ihr definitiv nicht. Nach vier Monaten hält bereits jeder zweite ihrer Klasse sein erstes Sprachdiplom (A1) in der Hand. Und alle drängen bereits darauf, sich für die A2-Prüfung anzumelden.

Strenger Knigge, aber...

Doch trotz Knigge und klaren Regeln herrscht im Deutsch-Kurs keine Atmosphäre wie in der Klosterschule. Hier, so scheint es, arbeitet ein Team auf ein gemeinsames Ziel hin: Deutsch zu lernen, um rasch Anschluss zu finden und wieder selbstständiger zu werden. Die Gruppe ist bunt gemischt. Jugendliche und Erwachsene aus Eritrea, Äthiopien, Somalia, Afghanistan und dem Irak treffen sich viermal pro Woche für 12 bis 14 Lektionen. Die meisten der Kursteilnehmer haben einen N-Ausweis. Ihr Asylverfahren läuft noch, sie leben von der Nothilfe, haben also Anspruch auf Nahrung, Kleidung, ein Obdach und medizinische Versorgung, nicht aber auf Integrationshilfe. Die meisten wohnen in der maroden Wohnsiedlung Hegifeld, ziehen aber bald ins neue Provisorium Grüzefeld um.

Aus: <http://www.landbote.ch/winterthur/standard/wenn-schueler-die-ferien-verweigern/story/15120861>
[27.04.2017]

Der Knigge ist eine Sammlung ...

- a) ... von Verhaltensvorschriften.
- b) ... der wichtigsten Grammatikregeln der deutschen Sprache.
- c) ... von allgemein gültigen Regeln.
- d) ... der trennbaren Verben des Deutschen.

Quesito 7 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

INTEGRATION

Wenn Schüler die Ferien verweigern

Über den Verein Solinetz geben 60 Lehrer in Winterthur Deutschkurse für Asylsuchende. Viele Schüler wollen so viel lernen, dass ihnen Ferien ungelegen kommen.

«Sicher, kommen Sie vorbei, aber seien Sie pünktlich», bittet mich Constanze Schade am Telefon. 8.28 Uhr komme ich im Jugendzentrum Gleis 1b in Oberwinterthur an. Zwei Minuten, bevor der Deutschkurs für Flüchtlinge beginnt, sitzen 10 der 14 Teilnehmer bereits dort, gespitzter Bleistift, Heft und Buch vor sich auf dem Tisch. Ali, Shafiq und Salma huschen im letzten Moment noch zur Tür herein und setzen sich ins Halbrund. Die Lehrerin begrüsst sie und nickt freundlich-mahnend mit dem Kopf. Wer zu spät kommt, muss sich erklären. Denn gewisse Regeln sind nicht verhandelbar bei den kostenlosen Intensiv-Deutschkursen für Asylsuchende, welche die Regionalgruppe des gemeinnützigen Vereins Solinetz seit Mai auch in Winterthur anbietet. «Pünktlichkeit ist für uns ein Zeichen des gegenseitigen Respekts», sagt Schade, die Lehrerin. Getrödel wird bei ihr definitiv nicht. Nach vier Monaten hält bereits jeder zweite ihrer Klasse sein erstes Sprachdiplom (A1) in der Hand. Und alle drängen bereits darauf, sich für die A2-Prüfung anzumelden.

Strenger Knigge, aber...

Doch trotz Knigge und klaren Regeln herrscht im Deutsch-Kurs keine Atmosphäre wie in der Klosterschule. Hier, so scheint es, arbeitet ein Team auf ein gemeinsames Ziel hin: Deutsch zu lernen, um rasch Anschluss zu finden und wieder selbstständiger zu werden. Die Gruppe ist bunt gemischt. Jugendliche und Erwachsene aus Eritrea, Äthiopien, Somalia, Afghanistan und dem Irak treffen sich viermal pro Woche für 12 bis 14 Lektionen. Die meisten der Kursteilnehmer haben einen N-Ausweis. Ihr Asylverfahren läuft noch, sie leben von der Nothilfe, haben also Anspruch auf Nahrung, Kleidung, ein Obdach und medizinische Versorgung, nicht aber auf Integrationshilfe. Die meisten wohnen in der maroden Wohnsiedlung Hegifeld, ziehen aber bald ins neue Provisorium Grüzefeld um.

Aus: <http://www.landbote.ch/winterthur/standard/wenn-schueler-die-ferien-verweigern/story/15120861>
[27.04.2017]

Beim Deutschkurs für Asylsuchende ...

- a) ... ist eine klare Einteilung zwischen Unterricht und Freizeit vorgesehen.
- b) ... kommen Ferien den SchülerInnen ungelegen.
- c) ... ist ein geregelter Stundenplan unabdingbar.
- d) ... muss der Schulraum nach dem Unterricht so schnell wie möglich verlassen werden.

Quesito 7 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

INTEGRATION

Wenn Schüler die Ferien verweigern

Über den Verein Solinetz geben 60 Lehrer in Winterthur Deutschkurse für Asylsuchende. Viele Schüler wollen so viel lernen, dass ihnen Ferien ungelegen kommen.

«Sicher, kommen Sie vorbei, aber seien Sie pünktlich», bittet mich Constanze Schade am Telefon. 8.28 Uhr komme ich im Jugendzentrum Gleis 1b in Oberwinterthur an. Zwei Minuten, bevor der Deutschkurs für Flüchtlinge beginnt, sitzen 10 der 14 Teilnehmer bereits dort, gespitzter Bleistift, Heft und Buch vor sich auf dem Tisch. Ali, Shafiq und Salma huschen im letzten Moment noch zur Tür herein und setzen sich ins Halbrund. Die Lehrerin begrüsst sie und nickt freundlich-mahnend mit dem Kopf. Wer zu spät kommt, muss sich erklären. Denn gewisse Regeln sind nicht verhandelbar bei den kostenlosen Intensiv-Deutschkursen für Asylsuchende, welche die Regionalgruppe des gemeinnützigen Vereins Solinetz seit Mai auch in Winterthur anbietet. «Pünktlichkeit ist für uns ein Zeichen des gegenseitigen Respekts», sagt Schade, die Lehrerin. Getrödel wird bei ihr definitiv nicht. Nach vier Monaten hält bereits jeder zweite ihrer Klasse sein erstes Sprachdiplom (A1) in der Hand. Und alle drängen bereits darauf, sich für die A2-Prüfung anzumelden.

Strenger Knigge, aber...

Doch trotz Knigge und klaren Regeln herrscht im Deutsch-Kurs keine Atmosphäre wie in der Klosterschule. Hier, so scheint es, arbeitet ein Team auf ein gemeinsames Ziel hin: Deutsch zu lernen, um rasch Anschluss zu finden und wieder selbstständiger zu werden. Die Gruppe ist bunt gemischt. Jugendliche und Erwachsene aus Eritrea, Äthiopien, Somalia, Afghanistan und dem Irak treffen sich viermal pro Woche für 12 bis 14 Lektionen. Die meisten der Kursteilnehmer haben einen N-Ausweis. Ihr Asylverfahren läuft noch, sie leben von der Nothilfe, haben also Anspruch auf Nahrung, Kleidung, ein Obdach und medizinische Versorgung, nicht aber auf Integrationshilfe. Die meisten wohnen in der maroden Wohnsiedlung Hegifeld, ziehen aber bald ins neue Provisorium Grüzefeld um.

Aus: <http://www.landbote.ch/winterthur/standard/wenn-schueler-die-ferien-verweigern/story/15120861>
[27.04.2017]

Während des Unterrichts von Frau Schade ...

- a) ... kommt es oft zu Unterbrechungen.
- b) ... gibt es immer wieder Pausen.
- c) ... arbeiten die Studierenden hart.
- d) ... sind neue SchülerInnen immer willkommen.

Quesito 8 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Überall in Europa werden in der einen oder anderen Form Maßnahmen zur Gewährleistung eines guten Informationsflusses zwischen Schulen und Migrantenfamilien angewandt. Die Einbindung der Eltern in die schulische Betreuung ihrer Kinder wird heute weithin als ausschlaggebender Faktor für Integration und schulischen Erfolg angesehen. Da dies jedoch vielen Migranteneltern aufgrund sprachlicher und kultureller Schwierigkeiten nicht leicht fallen dürfte, ist es unbedingt erforderlich, insbesondere durch den Gebrauch anderer als an der Schule verwendeter Sprachen die zuverlässige Weitergabe von Informationen zwischen Schulen und Migrantenfamilien zu gewährleisten. Dieser Bericht behandelt insbesondere drei Methoden zur Förderung der Kommunikation zwischen Schulen und Migrantenfamilien: die Veröffentlichung schriftlicher Informationen über das Schulsystem in der Herkunftssprache der Migrantenfamilien, den Einsatz von Dolmetschern in vielfältigen Situationen des schulischen Lebens und die Benennung besonderer Verantwortlicher, beispielsweise Mediatoren, die für die Aufrechterhaltung einer Beziehung zwischen den Migrantenschülern sowie deren Familien und der Schule zuständig sind.

In Malta, wo bislang noch keine gesetzlichen Vorschriften verabschiedet wurden, dürften solche Regelungen in Anbetracht der steigenden Zahl von Migrantenschülern in naher Zukunft getroffen werden. In allen anderen Ländern wurde 2007 mindestens eine der drei genannten Methoden verwendet, und die meisten Länder haben zwei davon in eine Kommunikationsstrategie für Schulen und Migrantenfamilien einfließen lassen.

In vielen Fällen wurden die entsprechenden Maßnahmen erst vor Kurzem eingeführt. Die am weitesten verbreitete Praxis ist der Einsatz von Dolmetschern für die Muttersprache der Migrantenfamilie, oftmals mit Unterstützung der Zentralbehörden. Er ist aber selten verpflichtend, und in bestimmten Fällen können die Kosten für diese Dienstleistung den Schulen in Rechnung gestellt werden. Lediglich in drei nordischen Staaten (Norwegen, Finnland und Schweden), zwei baltischen Staaten (Estland und Litauen) sowie Ungarn ist der Einsatz von Dolmetschern gesetzlich vorgeschrieben. Und selbst in diesen sechs Ländern gilt der entsprechende Rechtsanspruch nur für eine bestimmte Kategorie von Migranten (Flüchtlinge, Asylsuchende) oder für ganz bestimmte Situationen, in denen die Familien mit den Schulen in Kontakt treten müssen.

Aus: http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/104DE.pdf [27.04.2017]

Für den schulischen Erfolg der SchülerInnen mit Migrationshintergrund ...

- a) ... ist eine klare Rollenzuweisung wichtig.
- b) ... ist ein enger Dialog zwischen Schule und Elternhaus wichtig.
- c) ... muss die Rolle der Lehrer neu überdacht werden.
- d) ... ist ein enger Dialog zwischen den Lehrern wichtig.

Quesito 8 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Überall in Europa werden in der einen oder anderen Form Maßnahmen zur Gewährleistung eines guten Informationsflusses zwischen Schulen und Migrantenfamilien angewandt. Die Einbindung der Eltern in die schulische Betreuung ihrer Kinder wird heute weithin als ausschlaggebender Faktor für Integration und schulischen Erfolg angesehen. Da dies jedoch vielen Migranteneltern aufgrund sprachlicher und kultureller Schwierigkeiten nicht leicht fallen dürfte, ist es unbedingt erforderlich, insbesondere durch den Gebrauch anderer als an der Schule verwendeter Sprachen die zuverlässige Weitergabe von Informationen zwischen Schulen und Migrantenfamilien zu gewährleisten. Dieser Bericht behandelt insbesondere drei Methoden zur Förderung der Kommunikation zwischen Schulen und Migrantenfamilien: die Veröffentlichung schriftlicher Informationen über

das Schulsystem in der Herkunftssprache der Migrantenfamilien, den Einsatz von Dolmetschern in vielfältigen Situationen des schulischen Lebens und die Benennung besonderer Verantwortlicher, beispielsweise Mediatoren, die für die Aufrechterhaltung einer Beziehung zwischen den Migrantenschülern sowie deren Familien und der Schule zuständig sind.

In Malta, wo bislang noch keine gesetzlichen Vorschriften verabschiedet wurden, dürften solche Regelungen in Anbetracht der steigenden Zahl von Migrantenschülern in naher Zukunft getroffen werden. In allen anderen Ländern wurde 2007 mindestens eine der drei genannten Methoden verwendet, und die meisten Länder haben zwei davon in eine Kommunikationsstrategie für Schulen und Migrantenfamilien einfließen lassen.

In vielen Fällen wurden die entsprechenden Maßnahmen erst vor Kurzem eingeführt. Die am weitesten verbreitete Praxis ist der Einsatz von Dolmetschern für die Muttersprache der Migrantenfamilie, oftmals mit Unterstützung der Zentralbehörden. Er ist aber selten verpflichtend, und in bestimmten Fällen können die Kosten für diese Dienstleistung den Schulen in Rechnung gestellt werden. Lediglich in drei nordischen Staaten (Norwegen, Finnland und Schweden), zwei baltischen Staaten (Estland und Litauen) sowie Ungarn ist der Einsatz von Dolmetschern gesetzlich vorgeschrieben. Und selbst in diesen sechs Ländern gilt der entsprechende Rechtsanspruch nur für eine bestimmte Kategorie von Migranten (Flüchtlinge, Asylsuchende) oder für ganz bestimmte Situationen, in denen die Familien mit den Schulen in Kontakt treten müssen.

Aus: http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/104DE.pdf [27.04.2017]

Es ist wichtig zu garantieren, ...

- a) ... dass die Lehrer die Mitteilungen der Schule in den Sprachen der Migrantenkinder verfassen.
- b) ... dass die Schulleiter die Mitteilungen an die Eltern verschicken.
- c) ... dass die Migrantenkinder ihren Eltern die Mitteilungen der Schule überbringen.
- d) ... dass die Eltern der Migrantenkinder die Mitteilungen der Schule nicht nur erhalten, sondern auch verstehen.

Quesito 8 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Überall in Europa werden in der einen oder anderen Form Maßnahmen zur Gewährleistung eines guten Informationsflusses zwischen Schulen und Migrantenfamilien angewandt. Die Einbindung der Eltern in die schulische Betreuung ihrer Kinder wird heute weithin als ausschlaggebender Faktor für Integration und schulischen Erfolg angesehen. Da dies jedoch vielen Migranteneltern aufgrund sprachlicher und kultureller Schwierigkeiten nicht leicht fallen dürfte, ist es unbedingt erforderlich, insbesondere durch den Gebrauch anderer als an der Schule verwendeter Sprachen die zuverlässige Weitergabe von Informationen zwischen Schulen und Migrantenfamilien zu gewährleisten. Dieser Bericht behandelt insbesondere drei Methoden zur Förderung der Kommunikation zwischen Schulen und Migrantenfamilien: die Veröffentlichung schriftlicher Informationen über das Schulsystem in der Herkunftssprache der Migrantenfamilien, den Einsatz von Dolmetschern in vielfältigen Situationen des schulischen Lebens und die Benennung besonderer Verantwortlicher, beispielsweise Mediatoren, die für die Aufrechterhaltung einer Beziehung zwischen den Migrantenschülern sowie deren Familien und der Schule zuständig sind.

In Malta, wo bislang noch keine gesetzlichen Vorschriften verabschiedet wurden, dürften solche Regelungen in Anbetracht der steigenden Zahl von Migrantenschülern in naher Zukunft getroffen werden. In allen anderen Ländern wurde 2007 mindestens eine der drei genannten Methoden verwendet, und die meisten Länder haben zwei davon in eine Kommunikationsstrategie für Schulen und Migrantenfamilien einfließen lassen.

In vielen Fällen wurden die entsprechenden Maßnahmen erst vor Kurzem eingeführt. Die am weitesten verbreitete Praxis ist der Einsatz von Dolmetschern für die Muttersprache der Migrantenfamilie, oftmals mit Unterstützung der Zentralbehörden. Er ist aber selten verpflichtend, und in bestimmten Fällen können die Kosten

für diese Dienstleistung den Schulen in Rechnung gestellt werden. Lediglich in drei nordischen Staaten (Norwegen, Finnland und Schweden), zwei baltischen Staaten (Estland und Litauen) sowie Ungarn ist der Einsatz von Dolmetschern gesetzlich vorgeschrieben. Und selbst in diesen sechs Ländern gilt der entsprechende Rechtsanspruch nur für eine bestimmte Kategorie von Migranten (Flüchtlinge, Asylsuchende) oder für ganz bestimmte Situationen, in denen die Familien mit den Schulen in Kontakt treten müssen.

Aus: http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/104DE.pdf [27.04.2017]

Die Eltern der Migrantenkinder ...

- a) ... brauchen keine Informationen.
- b) ... sind gezwungen, das Schulsystem des Gastlandes schriftlich zu akzeptieren.
- c) ... sind über das Schulsystem des Gastlandes zu informieren.
- d) ... sind dem Schulsystem ausgeliefert.

Quesito 8 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Überall in Europa werden in der einen oder anderen Form Maßnahmen zur Gewährleistung eines guten Informationsflusses zwischen Schulen und Migrantenfamilien angewandt. Die Einbindung der Eltern in die schulische Betreuung ihrer Kinder wird heute weithin als ausschlaggebender Faktor für Integration und schulischen Erfolg angesehen. Da dies jedoch vielen Migranteneltern aufgrund sprachlicher und kultureller Schwierigkeiten nicht leicht fallen dürfte, ist es unbedingt erforderlich, insbesondere durch den Gebrauch anderer als an der Schule verwendeter Sprachen die zuverlässige Weitergabe von Informationen zwischen Schulen und Migrantenfamilien zu gewährleisten. Dieser Bericht behandelt insbesondere drei Methoden zur Förderung der Kommunikation zwischen Schulen und Migrantenfamilien: die Veröffentlichung schriftlicher Informationen über das Schulsystem in der Herkunftssprache der Migrantenfamilien, den Einsatz von Dolmetschern in vielfältigen Situationen des schulischen Lebens und die Benennung besonderer Verantwortlicher, beispielsweise Mediatoren, die für die Aufrechterhaltung einer Beziehung zwischen den Migrantenschülern sowie deren Familien und der Schule zuständig sind.

In Malta, wo bislang noch keine gesetzlichen Vorschriften verabschiedet wurden, dürften solche Regelungen in Anbetracht der steigenden Zahl von Migrantenschülern in naher Zukunft getroffen werden. In allen anderen Ländern wurde 2007 mindestens eine der drei genannten Methoden verwendet, und die meisten Länder haben zwei davon in eine Kommunikationsstrategie für Schulen und Migrantenfamilien einfließen lassen.

In vielen Fällen wurden die entsprechenden Maßnahmen erst vor Kurzem eingeführt. Die am weitesten verbreitete Praxis ist der Einsatz von Dolmetschern für die Muttersprache der Migrantenfamilie, oftmals mit Unterstützung der Zentralbehörden. Er ist aber selten verpflichtend, und in bestimmten Fällen können die Kosten für diese Dienstleistung den Schulen in Rechnung gestellt werden. Lediglich in drei nordischen Staaten (Norwegen, Finnland und Schweden), zwei baltischen Staaten (Estland und Litauen) sowie Ungarn ist der Einsatz von Dolmetschern gesetzlich vorgeschrieben. Und selbst in diesen sechs Ländern gilt der entsprechende Rechtsanspruch nur für eine bestimmte Kategorie von Migranten (Flüchtlinge, Asylsuchende) oder für ganz bestimmte Situationen, in denen die Familien mit den Schulen in Kontakt treten müssen.

Aus: http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/104DE.pdf [27.04.2017]

Mediatoren ...

- a) ... müssen mindestens fünf Sprachen können.
- b) ... können ein wichtiges Bindeglied zwischen Schule und Elternhaus sein.
- c) ... dürfen nur die Konflikte zwischen Eltern und Lehrern schlichten.
- d) ... sind kulturelle Banausen.

Quesito 8 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Überall in Europa werden in der einen oder anderen Form Maßnahmen zur Gewährleistung eines guten Informationsflusses zwischen Schulen und Migrantenfamilien angewandt. Die Einbindung der Eltern in die schulische Betreuung ihrer Kinder wird heute weithin als ausschlaggebender Faktor für Integration und schulischen Erfolg angesehen. Da dies jedoch vielen Migranteneltern aufgrund sprachlicher und kultureller Schwierigkeiten nicht leicht fallen dürfte, ist es unbedingt erforderlich, insbesondere durch den Gebrauch anderer als an der Schule verwendeter Sprachen die zuverlässige Weitergabe von Informationen zwischen Schulen und Migrantenfamilien zu gewährleisten. Dieser Bericht behandelt insbesondere drei Methoden zur Förderung der Kommunikation zwischen Schulen und Migrantenfamilien: die Veröffentlichung schriftlicher Informationen über das Schulsystem in der Herkunftssprache der Migrantenfamilien, den Einsatz von Dolmetschern in vielfältigen Situationen des schulischen Lebens und die Benennung besonderer Verantwortlicher, beispielsweise Mediatoren, die für die Aufrechterhaltung einer Beziehung zwischen den Migrantenschülern sowie deren Familien und der Schule zuständig sind.

In Malta, wo bislang noch keine gesetzlichen Vorschriften verabschiedet wurden, dürften solche Regelungen in Anbetracht der steigenden Zahl von Migrantenschülern in naher Zukunft getroffen werden. In allen anderen Ländern wurde 2007 mindestens eine der drei genannten Methoden verwendet, und die meisten Länder haben zwei davon in eine Kommunikationsstrategie für Schulen und Migrantenfamilien einfließen lassen.

In vielen Fällen wurden die entsprechenden Maßnahmen erst vor Kurzem eingeführt. Die am weitesten verbreitete Praxis ist der Einsatz von Dolmetschern für die Muttersprache der Migrantenfamilie, oftmals mit Unterstützung der Zentralbehörden. Er ist aber selten verpflichtend, und in bestimmten Fällen können die Kosten für diese Dienstleistung den Schulen in Rechnung gestellt werden. Lediglich in drei nordischen Staaten (Norwegen, Finnland und Schweden), zwei baltischen Staaten (Estland und Litauen) sowie Ungarn ist der Einsatz von Dolmetschern gesetzlich vorgeschrieben. Und selbst in diesen sechs Ländern gilt der entsprechende Rechtsanspruch nur für eine bestimmte Kategorie von Migranten (Flüchtlinge, Asylsuchende) oder für ganz bestimmte Situationen, in denen die Familien mit den Schulen in Kontakt treten müssen.

Aus: http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/104DE.pdf [27.04.2017]

Nur wenige Staaten ...

- a) ... nehmen Migrantenkinder vorbehaltlos in ihren Schulen auf.
- b) ... sehen den Einsatz von Dolmetschern für die Kommunikation zwischen Schule und Elternhaus gesetzlich vor.
- c) ... haben Schwierigkeiten bei der Kommunikation mit den Eltern der Migrantenkinder.
- d) ... kümmern sich um die Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus.

Domande a risposta multipla - EN

Quesito 7 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

Gateway to Progression

Since September 2015, and working with the Supported Employment Team at the Borough Council, Bedford College has also seen an increase in supported internships for students with high needs, and has introduced a new programme – Gateway to Progression.

This scheme is targeted at those with qualifications at Level 1 but who have struggled at Level 2. It offers a programme of study which includes functional skills and tutorials, "the opportunity to experience a range of vocational areas to fully appreciate the demands of each subject before making a choice [about a preferred] progression pathway", enrichment activities and workshops for portfolio building, and team work exercises to help develop communication skills whilst building up self-confidence.

The Gateway to Progression programme leads to a main Certificate in Progression qualification, and learners are entered into appropriate English and maths exams. Although only recently introduced, the Gateway provision is proving both popular and successful, and the College is seeking to develop this type of provision further.

Learners are admitted onto the Gateway programme following college assessment, and are referred for additional support if this is recognised as needed in the classroom. The Gateway programme has a dedicated team of tutors, including those offering English and maths at appropriate levels. There is a strong emphasis on personal and social development; and students are helped to progress through, for example, specific assistance with CV writing and applications for apprenticeships or mainstream further education (FE) courses.

Learners interviewed, though only a few weeks into their programme, were clear about their aspirations, comfortable in talking about the issues which had prevented them progressing to date, and realistic in their planning of next steps. All learners seemed highly welcoming of the way in which they were being treated at the College, and appreciative of the supportive environment in which they were now working.

Retrieved from <https://api.excellencegateway.org.uk/resource/etf:2332>

Gateway to Progression is

- a) an educational programme organized by school districts
- b) a supportive programme focusing on essential skills
- c) a legislative act for students with high needs
- d) a new learning programme for avoiding college education

Quesito 7 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

Gateway to Progression

Since September 2015, and working with the Supported Employment Team at the Borough Council, Bedford College has also seen an increase in supported internships for students with high needs, and has introduced a new programme – Gateway to Progression.

This scheme is targeted at those with qualifications at Level 1 but who have struggled at Level 2. It offers a programme of study which includes functional skills and tutorials, "the opportunity to experience a range of vocational areas to fully appreciate the demands of each subject before making a choice [about a preferred] progression pathway", enrichment activities and workshops for portfolio building, and team work exercises to help develop communication skills whilst building up self-confidence.

The Gateway to Progression programme leads to a main Certificate in Progression qualification, and learners are

entered into appropriate English and maths exams. Although only recently introduced, the Gateway provision is proving both popular and successful, and the College is seeking to develop this type of provision further.

Learners are admitted onto the Gateway programme following college assessment, and are referred for additional support if this is recognised as needed in the classroom. The Gateway programme has a dedicated team of tutors, including those offering English and maths at appropriate levels. There is a strong emphasis on personal and social development; and students are helped to progress through, for example, specific assistance with CV writing and applications for apprenticeships or mainstream further education (FE) courses.

Learners interviewed, though only a few weeks into their programme, were clear about their aspirations, comfortable in talking about the issues which had prevented them progressing to date, and realistic in their planning of next steps. All learners seemed highly welcoming of the way in which they were being treated at the College, and appreciative of the supportive environment in which they were now working.

Retrieved from <https://api.excellencegateway.org.uk/resource/etf:2332>

This programme aims at

- a) offering publicly funded college courses to all students according to their age
- b) giving general further education in colleges through traditional methodologies
- c) supporting the fast progression of students into work
- d) helping the students to select the most suitable educational track

Quesito 7 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

Gateway to Progression

Since September 2015, and working with the Supported Employment Team at the Borough Council, Bedford College has also seen an increase in supported internships for students with high needs, and has introduced a new programme – Gateway to Progression.

This scheme is targeted at those with qualifications at Level 1 but who have struggled at Level 2. It offers a programme of study which includes functional skills and tutorials, "the opportunity to experience a range of vocational areas to fully appreciate the demands of each subject before making a choice [about a preferred] progression pathway", enrichment activities and workshops for portfolio building, and team work exercises to help develop communication skills whilst building up self-confidence.

The Gateway to Progression programme leads to a main Certificate in Progression qualification, and learners are entered into appropriate English and maths exams. Although only recently introduced, the Gateway provision is proving both popular and successful, and the College is seeking to develop this type of provision further.

Learners are admitted onto the Gateway programme following college assessment, and are referred for additional support if this is recognised as needed in the classroom. The Gateway programme has a dedicated team of tutors, including those offering English and maths at appropriate levels. There is a strong emphasis on personal and social development; and students are helped to progress through, for example, specific assistance with CV writing and applications for apprenticeships or mainstream further education (FE) courses.

Learners interviewed, though only a few weeks into their programme, were clear about their aspirations, comfortable in talking about the issues which had prevented them progressing to date, and realistic in their planning of next steps. All learners seemed highly welcoming of the way in which they were being treated at the College, and appreciative of the supportive environment in which they were now working.

Retrieved from <https://api.excellencegateway.org.uk/resource/etf:2332>

The outcomes of the Gateway to Progression programme have been

- a) both unknown and uncertain
- b) either uncertain or difficult to quantify
- c) lowly appreciated and overall inappropriate
- d) valuable and widely appreciated

Quesito 7 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

Gateway to Progression

Since September 2015, and working with the Supported Employment Team at the Borough Council, Bedford College has also seen an increase in supported internships for students with high needs, and has introduced a new programme – Gateway to Progression.

This scheme is targeted at those with qualifications at Level 1 but who have struggled at Level 2. It offers a programme of study which includes functional skills and tutorials, "the opportunity to experience a range of vocational areas to fully appreciate the demands of each subject before making a choice [about a preferred] progression pathway", enrichment activities and workshops for portfolio building, and team work exercises to help develop communication skills whilst building up self-confidence.

The Gateway to Progression programme leads to a main Certificate in Progression qualification, and learners are entered into appropriate English and maths exams. Although only recently introduced, the Gateway provision is proving both popular and successful, and the College is seeking to develop this type of provision further.

Learners are admitted onto the Gateway programme following college assessment, and are referred for additional support if this is recognised as needed in the classroom. The Gateway programme has a dedicated team of tutors, including those offering English and maths at appropriate levels. There is a strong emphasis on personal and social development; and students are helped to progress through, for example, specific assistance with CV writing and applications for apprenticeships or mainstream further education (FE) courses.

Learners interviewed, though only a few weeks into their programme, were clear about their aspirations, comfortable in talking about the issues which had prevented them progressing to date, and realistic in their planning of next steps. All learners seemed highly welcoming of the way in which they were being treated at the College, and appreciative of the supportive environment in which they were now working.

Retrieved from <https://api.excellencegateway.org.uk/resource/etf:2332>

Students' progression is supported through

- a) a range of activities guided by tutors
- b) traditional topic-based courses
- c) a range of content-based compulsory activities
- d) an external education assistance agency

Quesito 7 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

Gateway to Progression

Since September 2015, and working with the Supported Employment Team at the Borough Council, Bedford College has also seen an increase in supported internships for students with high needs, and has introduced a new programme – Gateway to Progression.

This scheme is targeted at those with qualifications at Level 1 but who have struggled at Level 2. It offers a programme of study which includes functional skills and tutorials, "the opportunity to experience a range of vocational areas to fully appreciate the demands of each subject before making a choice [about a preferred] progression pathway", enrichment activities and workshops for portfolio building, and team work exercises to help develop communication skills whilst building up self-confidence.

The Gateway to Progression programme leads to a main Certificate in Progression qualification, and learners are entered into appropriate English and maths exams. Although only recently introduced, the Gateway provision is proving both popular and successful, and the College is seeking to develop this type of provision further.

Learners are admitted onto the Gateway programme following college assessment, and are referred for additional support if this is recognised as needed in the classroom. The Gateway programme has a dedicated team of tutors, including those offering English and maths at appropriate levels. There is a strong emphasis on personal and social development; and students are helped to progress through, for example, specific assistance with CV writing and applications for apprenticeships or mainstream further education (FE) courses.

Learners interviewed, though only a few weeks into their programme, were clear about their aspirations, comfortable in talking about the issues which had prevented them progressing to date, and realistic in their planning of next steps. All learners seemed highly welcoming of the way in which they were being treated at the College, and appreciative of the supportive environment in which they were now working.

Retrieved from <https://api.excellencegateway.org.uk/resource/etf:2332>

Students involved in Gateway to Progression have provided

- a) a positive feedback on the programme
- b) advice on how to welcome future students
- c) a vague feedback at the end of the programme
- d) advice on how to progress easily in the College

Quesito 8 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

New Arrivals Excellence Programme (NAEP): Large Roman Catholic primary school in the north of England

This is a larger than average primary school in the north of England with some 400 pupils on roll. Its free school meals (FSM) index is lower than the national average at 8.75%. The school is a multi-ethnic school which serves the local Catholic community of four parishes, including a parish with a large Polish community, and there is a significant degree of mobility into the school.

The headteacher describes the school as an 'inclusive' school which values each child and welcomes what they bring to the school. Languages in school in addition to English include: Polish, Chinese, Arabic, Urdu, Luganda, Panjabi, Tagalog/Filipino, French and Italian. There are newly arrived pupils in every year group.

There has been a significant change in the school's intake in the last two years in terms of the increase in the number of new arrivals learning English as an additional language (EAL) who are mainly Polish speakers. The school has only recently received additional funding to support ethnic minority achievement from the LA [Local Authority]. Initially, the LA offered part-time peripatetic support which provided direct teaching support and advice and guidance on aspects of teaching and learning such as initial assessment and resources. The school now employs a teaching assistant (TA) to support new arrivals learning EAL. This school 'tops up' funding from its

delegated budget in order to maintain a higher level of EAL specialist provision.

There is a strong focus on the emotional and social development of each child as well as the strong aspiration to raise academic achievement and these are seen as inextricably interlinked through all aspects of school life.

Links with parents and careers as well as the wider community are strong. There is however significant social services involvement with some families and the school works hard to support these families.

Retrieved from <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20110113104120/http://nationalstrategies.standards.dcsf.gov.uk/node/151762>

The Roman Catholic primary school in the north of England

- a) is a large multi-cultural school only serving the local Polish community
- b) has a multi-ethnic teaching agency serving the local community of four parishes
- c) has pupils coming from many diverse backgrounds
- d) is a large exclusive school that has never experienced cases of mobility

Quesito 8 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

New Arrivals Excellence Programme (NAEP): Large Roman Catholic primary school in the north of England

This is a larger than average primary school in the north of England with some 400 pupils on roll. Its free school meals (FSM) index is lower than the national average at 8.75%. The school is a multi-ethnic school which serves the local Catholic community of four parishes, including a parish with a large Polish community, and there is a significant degree of mobility into the school.

The headteacher describes the school as an 'inclusive' school which values each child and welcomes what they bring to the school. Languages in school in addition to English include: Polish, Chinese, Arabic, Urdu, Luganda, Panjabi, Tagalog/Filipino, French and Italian. There are newly arrived pupils in every year group.

There has been a significant change in the school's intake in the last two years in terms of the increase in the number of new arrivals learning English as an additional language (EAL) who are mainly Polish speakers. The school has only recently received additional funding to support ethnic minority achievement from the LA [Local Authority]. Initially, the LA offered part-time peripatetic support which provided direct teaching support and advice and guidance on aspects of teaching and learning such as initial assessment and resources. The school now employs a teaching assistant (TA) to support new arrivals learning EAL. This school 'tops up' funding from its delegated budget in order to maintain a higher level of EAL specialist provision.

There is a strong focus on the emotional and social development of each child as well as the strong aspiration to raise academic achievement and these are seen as inextricably interlinked through all aspects of school life.

Links with parents and careers as well as the wider community are strong. There is however significant social services involvement with some families and the school works hard to support these families.

Retrieved from <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20110113104120/http://nationalstrategies.standards.dcsf.gov.uk/node/151762>

The headteacher says that the school

- a) recognizes the full worth of every child

- b) discourages newly arrived pupils
- c) allows children to speak English only
- d) welcomes EAL pupils just in some year groups

Quesito 8 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

New Arrivals Excellence Programme (NAEP): Large Roman Catholic primary school in the north of England

This is a larger than average primary school in the north of England with some 400 pupils on roll. Its free school meals (FSM) index is lower than the national average at 8.75%. The school is a multi-ethnic school which serves the local Catholic community of four parishes, including a parish with a large Polish community, and there is a significant degree of mobility into the school.

The headteacher describes the school as an 'inclusive' school which values each child and welcomes what they bring to the school. Languages in school in addition to English include: Polish, Chinese, Arabic, Urdu, Luganda, Panjabi, Tagalog/Filipino, French and Italian. There are newly arrived pupils in every year group.

There has been a significant change in the school's intake in the last two years in terms of the increase in the number of new arrivals learning English as an additional language (EAL) who are mainly Polish speakers. The school has only recently received additional funding to support ethnic minority achievement from the LA [Local Authority]. Initially, the LA offered part-time peripatetic support which provided direct teaching support and advice and guidance on aspects of teaching and learning such as initial assessment and resources. The school now employs a teaching assistant (TA) to support new arrivals learning EAL. This school 'tops up' funding from its delegated budget in order to maintain a higher level of EAL specialist provision.

There is a strong focus on the emotional and social development of each child as well as the strong aspiration to raise academic achievement and these are seen as inextricably interlinked through all aspects of school life.

Links with parents and careers as well as the wider community are strong. There is however significant social services involvement with some families and the school works hard to support these families.

Retrieved from <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20110113104120/http://nationalstrategies.standards.dcsf.gov.uk/node/151762>

The school helps incoming EAL learners

- a) through teaching assistants
- b) only if they belong to certain ethnic minorities
- c) by offering a scanty, part-time support
- d) despite having no funding

Quesito 8 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

New Arrivals Excellence Programme (NAEP): Large Roman Catholic primary school in the north of England

This is a larger than average primary school in the north of England with some 400 pupils on roll. Its free school meals (FSM) index is lower than the national average at 8.75%. The school is a multi-ethnic school which serves the local Catholic community of four parishes, including a parish with a large Polish community, and there is a significant degree of mobility into the school.

The headteacher describes the school as an 'inclusive' school which values each child and welcomes what they bring to the school. Languages in school in addition to English include: Polish, Chinese, Arabic, Urdu, Luganda, Panjabi, Tagalog/Filipino, French and Italian. There are newly arrived pupils in every year group.

There has been a significant change in the school's intake in the last two years in terms of the increase in the number of new arrivals learning English as an additional language (EAL) who are mainly Polish speakers. The school has only recently received additional funding to support ethnic minority achievement from the LA [Local Authority]. Initially, the LA offered part-time peripatetic support which provided direct teaching support and advice and guidance on aspects of teaching and learning such as initial assessment and resources. The school now employs a teaching assistant (TA) to support new arrivals learning EAL. This school 'tops up' funding from its delegated budget in order to maintain a higher level of EAL specialist provision.

There is a strong focus on the emotional and social development of each child as well as the strong aspiration to raise academic achievement and these are seen as inextricably interlinked through all aspects of school life.

Links with parents and careers as well as the wider community are strong. There is however significant social services involvement with some families and the school works hard to support these families.

Retrieved from <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20110113104120/http://nationalstrategies.standards.dcsf.gov.uk/node/151762>

In the Roman Catholic primary school, great attention is paid to

- a) the emotional, social and academic progress of all children
- b) a more detached participation to school life
- c) the achievement of more positive academic results only
- d) the emotional side but not the social aspects of life

Quesito 8 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

New Arrivals Excellence Programme (NAEP): Large Roman Catholic primary school in the north of England

This is a larger than average primary school in the north of England with some 400 pupils on roll. Its free school meals (FSM) index is lower than the national average at 8.75%. The school is a multi-ethnic school which serves the local Catholic community of four parishes, including a parish with a large Polish community, and there is a significant degree of mobility into the school.

The headteacher describes the school as an 'inclusive' school which values each child and welcomes what they bring to the school. Languages in school in addition to English include: Polish, Chinese, Arabic, Urdu, Luganda, Panjabi, Tagalog/Filipino, French and Italian. There are newly arrived pupils in every year group.

There has been a significant change in the school's intake in the last two years in terms of the increase in the number of new arrivals learning English as an additional language (EAL) who are mainly Polish speakers. The school has only recently received additional funding to support ethnic minority achievement from the LA [Local Authority]. Initially, the LA offered part-time peripatetic support which provided direct teaching support and advice and guidance on aspects of teaching and learning such as initial assessment and resources. The school now employs a teaching assistant (TA) to support new arrivals learning EAL. This school 'tops up' funding from its delegated budget in order to maintain a higher level of EAL specialist provision.

There is a strong focus on the emotional and social development of each child as well as the strong aspiration to raise academic achievement and these are seen as inextricably interlinked through all aspects of school life.

Links with parents and careers as well as the wider community are strong. There is however significant social services involvement with some families and the school works hard to support these families.

Retrieved from <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20110113104120/http://nationalstrategies.standards.dcsf.gov.uk/node/151762>

This primary school

- a) seldom supports families and has poor relationships with the wider community
- b) hampers any involvement of social services with the families
- c) supports families and has strong relations with the surrounding community
- d) tries to keep links with the local community despite neglecting the families

Domande a risposta multipla - ES

Quesito 7 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

LA INCLUSIÓN COMO EDUCACIÓN PARA TODOS.

Este nuevo enfoque es defendido por la UNESCO y establecido en la Declaración de Salamanca (1994) afirma que: todos los niños tienen derecho a la educación y debe dárseles la oportunidad de alcanzar y mantener un nivel aceptable de conocimientos. Cada niño tiene características, intereses, capacidades y necesidades de aprendizaje que le son propios. Los sistemas educativos deben ser diseñados y los programas aplicados de modo que tengan en cuenta toda la gama de esas diferentes características y necesidades. Las personas con necesidades educativas especiales deben tener acceso a las escuelas ordinarias y las escuelas ordinarias representan el medio más eficaz para combatir las actitudes discriminatorias, crear comunidades de acogida, construir una sociedad integradora y lograr la educación para todos. A partir de estos enunciados queda patente el esfuerzo que los países deben hacer para garantizar la construcción de comunidades integradoras que combatan las actitudes discriminatorias y creen sociedades inclusivas donde la educación llegue a todos. Proceso que pasa indudablemente por un debate educativo que ayude a las escuelas a ser más inclusivas y eficaces; un debate de recursos que oriente sobre la mejor manera de lograr una educación para todos; y un debate social que desarrolle una sociedad mejor.

La inclusión entendida como participación centra su interés en que los alumnos estén escolarizados en las escuelas ordinarias, participen en la vida de las mismas, tengan un proceso de enseñanza-aprendizaje acorde a sus características y cuál debería ser el resultado de dicho aprendizaje. Con este fin, las nociones de pertenencia y de participación cobran una gran importancia debido a que en el ámbito educativo la inclusión aumenta la participación de los estudiantes y la reducción de la exclusión cultural, curricular y comunitaria. Igualmente requiere la reestructuración de la cultura, la política y las prácticas en las escuelas para que los estudiantes puedan recibir una educación que responda a sus características personales.

Adaptado de Escuelas eficaces e inclusivas: cómo favorecer su desarrollo, PILAR ARNAIZ SÁNCHEZ, Educatio Siglo XXI, Vol. 30 no 1 · 2012, pp. 25-44

La declaración de Salamanca establece que

- a) todos los niños tienen derecho a la educación y se les debe dar un nivel adecuado de instrucción
- b) todos los niños tienen derecho a la educación ordinaria para no mantener un nivel aceptable de conocimiento
- c) todos los niños con capacidad tienen derecho a la educación para no alcanzar el nivel de conocimiento

- d) a todos los niños, excepto a aquellos cuyos padres no lo deseen, debe dárseles un nivel aceptable de conocimiento

Quesito 7 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta
LA INCLUSIÓN COMO EDUCACIÓN PARA TODOS.

Este nuevo enfoque es defendido por la UNESCO y establecido en la Declaración de Salamanca (1994) afirma que: todos los niños tienen derecho a la educación y debe dárseles la oportunidad de alcanzar y mantener un nivel aceptable de conocimientos. Cada niño tiene características, intereses, capacidades y necesidades de aprendizaje que le son propios. Los sistemas educativos deben ser diseñados y los programas aplicados de modo que tengan en cuenta toda la gama de esas diferentes características y necesidades. Las personas con necesidades educativas especiales deben tener acceso a las escuelas ordinarias y las escuelas ordinarias representan el medio más eficaz para combatir las actitudes discriminatorias, crear comunidades de acogida, construir una sociedad integradora y lograr la educación para todos. A partir de estos enunciados queda patente el esfuerzo que los países deben hacer para garantizar la construcción de comunidades integradoras que combatan las actitudes discriminatorias y creen sociedades inclusivas donde la educación llegue a todos. Proceso que pasa indudablemente por un debate educativo que ayude a las escuelas a ser más inclusivas y eficaces; un debate de recursos que oriente sobre la mejor manera de lograr una educación para todos; y un debate social que desarrolle una sociedad mejor.

La inclusión entendida como participación centra su interés en que los alumnos estén escolarizados en las escuelas ordinarias, participen en la vida de las mismas, tengan un proceso de enseñanza-aprendizaje acorde a sus características y cuál debería ser el resultado de dicho aprendizaje. Con este fin, las nociones de pertenencia y de participación cobran una gran importancia debido a que en el ámbito educativo la inclusión aumenta la participación de los estudiantes y la reducción de la exclusión cultural, curricular y comunitaria. Igualmente requiere la reestructuración de la cultura, la política y las prácticas en las escuelas para que los estudiantes puedan recibir una educación que responda a sus características personales.

Adaptado de Escuelas eficaces e inclusivas: cómo favorecer su desarrollo, PILAR ARNAIZ SÁNCHEZ, Educatio Siglo XXI, Vol. 30 no 1 · 2012, pp. 25-44

Las personas con necesidades educativas especiales

- a) solo en casos excepcionales pueden acceder a los colegios ordinarios
- b) tienen que tener acceso a los colegios ordinarios
- c) no deberían mezclarse con los otros estudiantes
- d) pueden tener acceso a algunos colegios ordinarios

Quesito 7 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta
LA INCLUSIÓN COMO EDUCACIÓN PARA TODOS.

Este nuevo enfoque es defendido por la UNESCO y establecido en la Declaración de Salamanca (1994) afirma que: todos los niños tienen derecho a la educación y debe dárseles la oportunidad de alcanzar y mantener un nivel aceptable de conocimientos. Cada niño tiene características, intereses, capacidades y necesidades de aprendizaje que le son propios. Los sistemas educativos deben ser diseñados y los programas aplicados de modo que tengan en cuenta toda la gama de esas diferentes características y necesidades. Las personas con necesidades educativas especiales deben tener acceso a las escuelas ordinarias y las escuelas ordinarias representan el medio más eficaz para combatir las actitudes discriminatorias, crear comunidades de acogida, construir una sociedad integradora y lograr la educación para todos. A partir de estos enunciados queda patente el esfuerzo que los países deben hacer para garantizar la construcción de comunidades integradoras que combatan las actitudes discriminatorias y creen sociedades inclusivas donde la educación llegue a todos. Proceso que pasa indudablemente por un debate educativo que ayude a las escuelas a ser más inclusivas y

eficaces; un debate de recursos que oriente sobre la mejor manera de lograr una educación para todos; y un debate social que desarrolle una sociedad mejor.

La inclusión entendida como participación centra su interés en que los alumnos estén escolarizados en las escuelas ordinarias, participen en la vida de las mismas, tengan un proceso de enseñanza-aprendizaje acorde a sus características y cuál debería ser el resultado de dicho aprendizaje. Con este fin, las nociones de pertenencia y de participación cobran una gran importancia debido a que en el ámbito educativo la inclusión aumenta la participación de los estudiantes y la reducción de la exclusión cultural, curricular y comunitaria. Igualmente requiere la reestructuración de la cultura, la política y las prácticas en las escuelas para que los estudiantes puedan recibir una educación que responda a sus características personales.

Adaptado de Escuelas eficaces e inclusivas: cómo favorecer su desarrollo, PILAR ARNAIZ SÁNCHEZ, Educatio Siglo XXI, Vol. 30 no 1 · 2012, pp. 25-44

En el texto se dice que

- a) los alumnos con necesidades especiales deben ir a escuelas especiales
- b) los sistemas educativos deben tener en cuenta la diversidad
- c) los sistemas educativos deben ser diseñados para la mayoría de los alumnos y aquellos con necesidades especiales se tienen que adaptar
- d) en las escuelas ordinarias es donde más se nota la diversidad

Quesito 7 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

LA INCLUSIÓN COMO EDUCACIÓN PARA TODOS.

Este nuevo enfoque es defendido por la UNESCO y establecido en la Declaración de Salamanca (1994) afirma que: todos los niños tienen derecho a la educación y debe dárseles la oportunidad de alcanzar y mantener un nivel aceptable de conocimientos. Cada niño tiene características, intereses, capacidades y necesidades de aprendizaje que le son propios. Los sistemas educativos deben ser diseñados y los programas aplicados de modo que tengan en cuenta toda la gama de esas diferentes características y necesidades. Las personas con necesidades educativas especiales deben tener acceso a las escuelas ordinarias y las escuelas ordinarias representan el medio más eficaz para combatir las actitudes discriminatorias, crear comunidades de acogida, construir una sociedad integradora y lograr la educación para todos. A partir de estos enunciados queda patente el esfuerzo que los países deben hacer para garantizar la construcción de comunidades integradoras que combatan las actitudes discriminatorias y creen sociedades inclusivas donde la educación llegue a todos. Proceso que pasa indudablemente por un debate educativo que ayude a las escuelas a ser más inclusivas y eficaces; un debate de recursos que oriente sobre la mejor manera de lograr una educación para todos; y un debate social que desarrolle una sociedad mejor.

La inclusión entendida como participación centra su interés en que los alumnos estén escolarizados en las escuelas ordinarias, participen en la vida de las mismas, tengan un proceso de enseñanza-aprendizaje acorde a sus características y cuál debería ser el resultado de dicho aprendizaje. Con este fin, las nociones de pertenencia y de participación cobran una gran importancia debido a que en el ámbito educativo la inclusión aumenta la participación de los estudiantes y la reducción de la exclusión cultural, curricular y comunitaria. Igualmente requiere la reestructuración de la cultura, la política y las prácticas en las escuelas para que los estudiantes puedan recibir una educación que responda a sus características personales.

Adaptado de Escuelas eficaces e inclusivas: cómo favorecer su desarrollo, PILAR ARNAIZ SÁNCHEZ, Educatio Siglo XXI, Vol. 30 no 1 · 2012, pp. 25-44

Todos los países

- a) deben procurar crear comunidades integradoras y luchar contra posturas discriminatorias

- b) deben procurar combatir por la educación discriminatoria de sus propios ciudadanos
- c) deben elegir los enunciados específicos con los que conseguir mejores resultados en la educación discriminatoria
- d) deben crear debates sobre los recursos económicos de la educación

Quesito 7 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

LA INCLUSIÓN COMO EDUCACIÓN PARA TODOS.

Este nuevo enfoque es defendido por la UNESCO y establecido en la Declaración de Salamanca (1994) afirma que: todos los niños tienen derecho a la educación y debe dárseles la oportunidad de alcanzar y mantener un nivel aceptable de conocimientos. Cada niño tiene características, intereses, capacidades y necesidades de aprendizaje que le son propios. Los sistemas educativos deben ser diseñados y los programas aplicados de modo que tengan en cuenta toda la gama de esas diferentes características y necesidades. Las personas con necesidades educativas especiales deben tener acceso a las escuelas ordinarias y las escuelas ordinarias representan el medio más eficaz para combatir las actitudes discriminatorias, crear comunidades de acogida, construir una sociedad integradora y lograr la educación para todos. A partir de estos enunciados queda patente el esfuerzo que los países deben hacer para garantizar la construcción de comunidades integradoras que combatan las actitudes discriminatorias y creen sociedades inclusivas donde la educación llegue a todos. Proceso que pasa indudablemente por un debate educativo que ayude a las escuelas a ser más inclusivas y eficaces; un debate de recursos que oriente sobre la mejor manera de lograr una educación para todos; y un debate social que desarrolle una sociedad mejor.

La inclusión entendida como participación centra su interés en que los alumnos estén escolarizados en las escuelas ordinarias, participen en la vida de las mismas, tengan un proceso de enseñanza-aprendizaje acorde a sus características y cuál debería ser el resultado de dicho aprendizaje. Con este fin, las nociones de pertenencia y de participación cobran una gran importancia debido a que en el ámbito educativo la inclusión aumenta la participación de los estudiantes y la reducción de la exclusión cultural, curricular y comunitaria. Igualmente requiere la reestructuración de la cultura, la política y las prácticas en las escuelas para que los estudiantes puedan recibir una educación que responda a sus características personales.

Adaptado de Escuelas eficaces e inclusivas: cómo favorecer su desarrollo, PILAR ARNAIZ SÁNCHEZ, Educatio Siglo XXI, Vol. 30 no 1 · 2012, pp. 25-44

La inclusión

- a) facilita la participación de los estudiantes en las instituciones escolásticas
- b) facilita la participación pero impide que algunos estudiantes se desarrollen según sus características personales
- c) perjudica a algunos estudiantes con características determinadas y aumenta la exclusión cultural
- d) presenta algunas dificultades para que se pueda llevar a cabo

Quesito 8 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

ALGUNAS PREMISAS BÁSICAS SOBRE CIUDADANÍA

La Ciudadanía ha de ser activa, crítica y participativa y para ello hay que tener en cuenta algunas premisas básicas que se destacan en toda acción formativa para desarrollar su aprendizaje, a continuación resaltamos solo tres de ellas:

Coherencia: Un principio del que emanan todos los demás. No se puede enseñar el ejercicio de una ciudadanía democrática desde prácticas autoritarias, como no se puede fomentar la igualdad o la justicia desde prácticas

injustas o desiguales. La coherencia con los principios de la ciudadanía democrática debe encontrarse en todas las acciones que pretendan formar en ciudadanía, ya sea en el entorno familiar, escolar o social, pues hay que tener en cuenta que la educación para la ciudadanía se realiza en todo momento y lugar, de forma integral y holística, en todos los ámbitos educativos (familia, escuela, comunidad...).

Praxis y Participación: La ciudadanía se aprende ejerciéndola. A ser ciudadano o ciudadana se aprende siendo ciudadano o ciudadana, de forma participativa. Una práctica ciudadana no puede desarrollarse sin la participación activa en el aprendizaje de las personas implicadas. Por tanto, los conocimientos sobre ciudadanía deben servir para orientar el ejercicio práctico de dicha ciudadanía y viceversa, a través de la práctica y la participación se crean, contrastan y transforman los significados de la ciudadanía. (...)

Relación: La ciudadanía se aprende con las demás personas, en la necesidad de comprender al otro para llegar a acuerdos y convivir. El aprendizaje de la ciudadanía no puede realizarse en solitario, sino que requiere de una apertura a la comunidad, de una implicación directa con las personas y realidades que nos rodean. Por eso toda acción educativa que pretenda formar en la práctica ciudadana debe fijarse en este principio como fin y método, es decir, tanto para favorecer aquellos aprendizajes que faciliten y mejoren las relaciones entre las personas, como para realizar sus acciones en contextos grupales y relacionales.

Adaptado de: Educación para la ciudadanía: una asignatura a debate: normativa, libros de texto y opiniones del profesorado, del alumnado y las familias, Consuelo Cordero González, Uned, 2015

En el texto,

- a) se reseñan unas acciones formativas imprescindibles para los ciudadanos
- b) se articulan pocos rasgos del concepto de ciudadanía
- c) se detallan unos resultados relativos al aprendizaje de la ciudadanía
- d) se detallan unos presupuestos básicos para el aprendizaje de la ciudadanía

Quesito 8 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

ALGUNAS PREMISAS BÁSICAS SOBRE CIUDADANÍA

La Ciudadanía ha de ser activa, crítica y participativa y para ello hay que tener en cuenta algunas premisas básicas que se destacan en toda acción formativa para desarrollar su aprendizaje, a continuación resaltamos solo tres de ellas:

Coherencia: Un principio del que emanan todos los demás. No se puede enseñar el ejercicio de una ciudadanía democrática desde prácticas autoritarias, como no se puede fomentar la igualdad o la justicia desde prácticas injustas o desiguales. La coherencia con los principios de la ciudadanía democrática debe encontrarse en todas las acciones que pretendan formar en ciudadanía, ya sea en el entorno familiar, escolar o social, pues hay que tener en cuenta que la educación para la ciudadanía se realiza en todo momento y lugar, de forma integral y holística, en todos los ámbitos educativos (familia, escuela, comunidad...).

Praxis y Participación: La ciudadanía se aprende ejerciéndola. A ser ciudadano o ciudadana se aprende siendo ciudadano o ciudadana, de forma participativa. Una práctica ciudadana no puede desarrollarse sin la participación activa en el aprendizaje de las personas implicadas. Por tanto, los conocimientos sobre ciudadanía deben servir para orientar el ejercicio práctico de dicha ciudadanía y viceversa, a través de la práctica y la participación se crean, contrastan y transforman los significados de la ciudadanía. (...)

Relación: La ciudadanía se aprende con las demás personas, en la necesidad de comprender al otro para llegar a acuerdos y convivir. El aprendizaje de la ciudadanía no puede realizarse en solitario, sino que requiere de una apertura a la comunidad, de una implicación directa con las personas y realidades que nos rodean. Por eso toda acción educativa que pretenda formar en la práctica ciudadana debe fijarse en este principio como fin y método, es decir, tanto para favorecer aquellos aprendizajes que faciliten y mejoren las relaciones entre las personas, como para realizar sus acciones en contextos grupales y relacionales.

Adaptado de: Educación para la ciudadanía: una asignatura a debate: normativa, libros de texto y opiniones del profesorado, del alumnado y las familias, Consuelo Cordero González, Uned, 2015

¿Cuántos principios básicos sobre ciudadanía se indican?

- a) Cuatro, y hacen hincapié en aspectos relacionales
- b) Tres, y se amoldan a principios psicopedagógicos definidos
- c) Tres, y en ellos prevalece la teoría
- d) Tres, y en ellos prevalece la práctica

Quesito 8 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

ALGUNAS PREMISAS BÁSICAS SOBRE CIUDADANÍA

La Ciudadanía ha de ser activa, crítica y participativa y para ello hay que tener en cuenta algunas premisas básicas que se destacan en toda acción formativa para desarrollar su aprendizaje, a continuación resaltamos solo tres de ellas:

Coherencia: Un principio del que emanan todos los demás. No se puede enseñar el ejercicio de una ciudadanía democrática desde prácticas autoritarias, como no se puede fomentar la igualdad o la justicia desde prácticas injustas o desiguales. La coherencia con los principios de la ciudadanía democrática debe encontrarse en todas las acciones que pretendan formar en ciudadanía, ya sea en el entorno familiar, escolar o social, pues hay que tener en cuenta que la educación para la ciudadanía se realiza en todo momento y lugar, de forma integral y holística, en todos los ámbitos educativos (familia, escuela, comunidad...).

Praxis y Participación: La ciudadanía se aprende ejerciéndola. A ser ciudadano o ciudadana se aprende siendo ciudadano o ciudadana, de forma participativa. Una práctica ciudadana no puede desarrollarse sin la participación activa en el aprendizaje de las personas implicadas. Por tanto, los conocimientos sobre ciudadanía deben servir para orientar el ejercicio práctico de dicha ciudadanía y viceversa, a través de la práctica y la participación se crean, contrastan y transforman los significados de la ciudadanía. (...)

Relación: La ciudadanía se aprende con las demás personas, en la necesidad de comprender al otro para llegar a acuerdos y convivir. El aprendizaje de la ciudadanía no puede realizarse en solitario, sino que requiere de una apertura a la comunidad, de una implicación directa con las personas y realidades que nos rodean. Por eso toda acción educativa que pretenda formar en la práctica ciudadana debe fijarse en este principio como fin y método, es decir, tanto para favorecer aquellos aprendizajes que faciliten y mejoren las relaciones entre las personas, como para realizar sus acciones en contextos grupales y relacionales.

Adaptado de: Educación para la ciudadanía: una asignatura a debate: normativa, libros de texto y opiniones del profesorado, del alumnado y las familias, Consuelo Cordero González, Uned, 2015

Una ciudadanía «activa, crítica y participativa»

- a) distingue el ámbito del aprendizaje del entorno social
- b) involucra a todos los ámbitos de la vida de las personas
- c) involucra exclusivamente al ámbito educativo
- d) atiende a principios de exclusión y de integración

Quesito 8 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

ALGUNAS PREMISAS BÁSICAS SOBRE CIUDADANÍA

La Ciudadanía ha de ser activa, crítica y participativa y para ello hay que tener en cuenta algunas premisas básicas que se destacan en toda acción formativa para desarrollar su aprendizaje, a continuación resaltamos solo tres de ellas:

Coherencia: Un principio del que emanan todos los demás. No se puede enseñar el ejercicio de una ciudadanía democrática desde prácticas autoritarias, como no se puede fomentar la igualdad o la justicia desde prácticas injustas o desiguales. La coherencia con los principios de la ciudadanía democrática debe encontrarse en todas las acciones que pretendan formar en ciudadanía, ya sea en el entorno familiar, escolar o social, pues hay que tener en cuenta que la educación para la ciudadanía se realiza en todo momento y lugar, de forma integral y holística, en todos los ámbitos educativos (familia, escuela, comunidad...).

Praxis y Participación: La ciudadanía se aprende ejerciéndola. A ser ciudadano o ciudadana se aprende siendo ciudadano o ciudadana, de forma participativa. Una práctica ciudadana no puede desarrollarse sin la participación activa en el aprendizaje de las personas implicadas. Por tanto, los conocimientos sobre ciudadanía deben servir para orientar el ejercicio práctico de dicha ciudadanía y viceversa, a través de la práctica y la participación se crean, contrastan y transforman los significados de la ciudadanía. (...)

Relación: La ciudadanía se aprende con las demás personas, en la necesidad de comprender al otro para llegar a acuerdos y convivir. El aprendizaje de la ciudadanía no puede realizarse en solitario, sino que requiere de una apertura a la comunidad, de una implicación directa con las personas y realidades que nos rodean. Por eso toda acción educativa que pretenda formar en la práctica ciudadana debe fijarse en este principio como fin y método, es decir, tanto para favorecer aquellos aprendizajes que faciliten y mejoren las relaciones entre las personas, como para realizar sus acciones en contextos grupales y relacionales.

Adaptado de: Educación para la ciudadanía: una asignatura a debate: normativa, libros de texto y opiniones del profesorado, del alumnado y las familias, Consuelo Cordero González, Uned, 2015

Aprender ciudadanía

- a) requiere aprender a convivir con los demás
- b) tiene consecuencias efímeras en el ámbito relacional
- c) no tiene consecuencias en el entorno educativo
- d) produce el contacto con el «otro» en el entorno escolar

Quesito 8 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

ALGUNAS PREMISAS BÁSICAS SOBRE CIUDADANÍA

La Ciudadanía ha de ser activa, crítica y participativa y para ello hay que tener en cuenta algunas premisas básicas que se destacan en toda acción formativa para desarrollar su aprendizaje, a continuación resaltamos solo tres de ellas:

Coherencia: Un principio del que emanan todos los demás. No se puede enseñar el ejercicio de una ciudadanía democrática desde prácticas autoritarias, como no se puede fomentar la igualdad o la justicia desde prácticas injustas o desiguales. La coherencia con los principios de la ciudadanía democrática debe encontrarse en todas las acciones que pretendan formar en ciudadanía, ya sea en el entorno familiar, escolar o social, pues hay que tener en cuenta que la educación para la ciudadanía se realiza en todo momento y lugar, de forma integral y holística, en todos los ámbitos educativos (familia, escuela, comunidad...).

Praxis y Participación: La ciudadanía se aprende ejerciéndola. A ser ciudadano o ciudadana se aprende siendo ciudadano o ciudadana, de forma participativa. Una práctica ciudadana no puede desarrollarse sin la participación activa en el aprendizaje de las personas implicadas. Por tanto, los conocimientos sobre ciudadanía deben servir para orientar el ejercicio práctico de dicha ciudadanía y viceversa, a través de la práctica y la

participación se crean, contrastan y transforman los significados de la ciudadanía. (...)

Relación: La ciudadanía se aprende con las demás personas, en la necesidad de comprender al otro para llegar a acuerdos y convivir. El aprendizaje de la ciudadanía no puede realizarse en solitario, sino que requiere de una apertura a la comunidad, de una implicación directa con las personas y realidades que nos rodean. Por eso toda acción educativa que pretenda formar en la práctica ciudadana debe fijarse en este principio como fin y método, es decir, tanto para favorecer aquellos aprendizajes que faciliten y mejoren las relaciones entre las personas, como para realizar sus acciones en contextos grupales y relacionales.

Adaptado de: Educación para la ciudadanía: una asignatura a debate: normativa, libros de texto y opiniones del profesorado, del alumnado y las familias, Consuelo Cordero González, Uned, 2015

El aprendizaje de la ciudadanía

- a) debe enseñarse a través de clases magistrales y trabajos en grupo
- b) es un esfuerzo autónomo del individuo dentro del entorno educativo
- c) debe realizarse exclusivamente dentro de una Comunidad
- d) debe realizarse preferentemente en contextos grupales y relacionales

Domande a risposta multipla - FR

Quesito 7 Domanda A - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Éducation à la citoyenneté mondiale

L'Éducation à la citoyenneté mondiale est l'un des domaines d'action stratégiques du programme du Secteur Éducation de l'UNESCO pour la période 2014-2021.

Le travail de l'UNESCO dans ce domaine est guidé par l'Agenda et le Cadre d'action Éducation 2030, notamment la Cible 4.7 des Objectifs de développement durable, qui invitent les pays à "d'ici à 2030, faire en sorte que tous les élèves acquièrent les connaissances et compétences nécessaires pour promouvoir le développement durable, notamment par l'éducation en faveur du développement et de modes de vie durables, des droits de l'homme, de l'égalité des sexes, de la promotion d'une culture de paix et de non-violence, de la citoyenneté mondiale et de l'appréciation de la diversité culturelle et de la contribution de la culture au développement durable".

L'éducation à la citoyenneté mondiale (ECM) et l'éducation au développement durable (ESD) ont été reconnues comme des approches qui se renforcent mutuellement, possédant des points communs et des caractéristiques spécifiques. Ces deux approches accordent la priorité à la pertinence et au contenu de l'éducation, afin que l'éducation contribue à construire un monde durable, dans la paix. Elles mettent en avant toutes les deux la nécessité de favoriser l'acquisition des connaissances, des compétences, des valeurs, des attitudes et des comportements permettant aux individus de prendre des décisions éclairées et d'assumer un rôle actif aux niveaux local, national et mondial. Elles correspondent cependant à des agendas, des discours et des cadres politiques internationaux différents.

L'approche de l'UNESCO en matière d'éducation à la citoyenneté mondiale s'appuie sur sa longue expérience en matière d'éducation à la paix et aux droits de l'homme (PHRE), en estimant que l'éducation aux droits de l'homme et la promotion d'une culture de la paix et de la non-violence renforcent la qualité de l'éducation.

Adapté de : <http://fr.unesco.org>

L'Éducation à la citoyenneté mondiale :

- a) Contraste la Cible 4.7 des Objectifs de développement durable.

- b) Fait partie des domaines d'action de l'UNESCO (programme du Secteur Éducation).
- c) Est une approche de l'UNESCO.
- d) Constitue le Cadre d'action Éducation 2030.

Quesito 7 Domanda B - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Éducation à la citoyenneté mondiale

L'Éducation à la citoyenneté mondiale est l'un des domaines d'action stratégiques du programme du Secteur Éducation de l'UNESCO pour la période 2014-2021.

Le travail de l'UNESCO dans ce domaine est guidé par l'Agenda et le Cadre d'action Éducation 2030, notamment la Cible 4.7 des Objectifs de développement durable, qui invitent les pays à "d'ici à 2030, faire en sorte que tous les élèves acquièrent les connaissances et compétences nécessaires pour promouvoir le développement durable, notamment par l'éducation en faveur du développement et de modes de vie durables, des droits de l'homme, de l'égalité des sexes, de la promotion d'une culture de paix et de non-violence, de la citoyenneté mondiale et de l'appréciation de la diversité culturelle et de la contribution de la culture au développement durable".

L'éducation à la citoyenneté mondiale (ECM) et l'éducation au développement durable (ESD) ont été reconnues comme des approches qui se renforcent mutuellement, possédant des points communs et des caractéristiques spécifiques. Ces deux approches accordent la priorité à la pertinence et au contenu de l'éducation, afin que l'éducation contribue à construire un monde durable, dans la paix. Elles mettent en avant toutes les deux la nécessité de favoriser l'acquisition des connaissances, des compétences, des valeurs, des attitudes et des comportements permettant aux individus de prendre des décisions éclairées et d'assumer un rôle actif aux niveaux local, national et mondial. Elles correspondent cependant à des agendas, des discours et des cadres politiques internationaux différents.

L'approche de l'UNESCO en matière d'éducation à la citoyenneté mondiale s'appuie sur sa longue expérience en matière d'éducation à la paix et aux droits de l'homme (PHRE), en estimant que l'éducation aux droits de l'homme et la promotion d'une culture de la paix et de la non-violence renforcent la qualité de l'éducation.

Adapté de : <http://fr.unesco.org>

La Cible 4.7 des Objectifs de développement durable vise :

- a) L'égalité des sexes.
- b) L'éducation à la citoyenneté mondiale.
- c) L'appréciation de la diversité culturelle.
- d) La promotion du développement durable.

Quesito 7 Domanda C - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Éducation à la citoyenneté mondiale

L'Éducation à la citoyenneté mondiale est l'un des domaines d'action stratégiques du programme du Secteur Éducation de l'UNESCO pour la période 2014-2021.

Le travail de l'UNESCO dans ce domaine est guidé par l'Agenda et le Cadre d'action Éducation 2030, notamment la Cible 4.7 des Objectifs de développement durable, qui invitent les pays à "d'ici à 2030, faire en sorte que tous les élèves acquièrent les connaissances et compétences nécessaires pour promouvoir le développement durable, notamment par l'éducation en faveur du développement et de modes de vie durables, des droits de l'homme, de l'égalité des sexes, de la promotion d'une culture de paix et de non-violence, de la citoyenneté mondiale et de l'appréciation de la diversité culturelle et de la contribution de la culture au développement durable".

L'éducation à la citoyenneté mondiale (ECM) et l'éducation au développement durable (ESD) ont été reconnues

comme des approches qui se renforcent mutuellement, possédant des points communs et des caractéristiques spécifiques. Ces deux approches accordent la priorité à la pertinence et au contenu de l'éducation, afin que l'éducation contribue à construire un monde durable, dans la paix. Elles mettent en avant toutes les deux la nécessité de favoriser l'acquisition des connaissances, des compétences, des valeurs, des attitudes et des comportements permettant aux individus de prendre des décisions éclairées et d'assumer un rôle actif aux niveaux local, national et mondial. Elles correspondent cependant à des agendas, des discours et des cadres politiques internationaux différents.

L'approche de l'UNESCO en matière d'éducation à la citoyenneté mondiale s'appuie sur sa longue expérience en matière d'éducation à la paix et aux droits de l'homme (PHRE), en estimant que l'éducation aux droits de l'homme et la promotion d'une culture de la paix et de la non-violence renforcent la qualité de l'éducation.

Adapté de : <http://fr.unesco.org>

L'éducation à la citoyenneté mondiale et l'éducation au développement durable :

- a) Relèvent de l'UNESCO.
- b) Sont deux approches complémentaires.
- c) Relèvent des connaissances scolaires.
- d) Sont deux approches antithétiques.

Quesito 7 Domanda D - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Éducation à la citoyenneté mondiale

L'Éducation à la citoyenneté mondiale est l'un des domaines d'action stratégiques du programme du Secteur Éducation de l'UNESCO pour la période 2014-2021.

Le travail de l'UNESCO dans ce domaine est guidé par l'Agenda et le Cadre d'action Éducation 2030, notamment la Cible 4.7 des Objectifs de développement durable, qui invitent les pays à "d'ici à 2030, faire en sorte que tous les élèves acquièrent les connaissances et compétences nécessaires pour promouvoir le développement durable, notamment par l'éducation en faveur du développement et de modes de vie durables, des droits de l'homme, de l'égalité des sexes, de la promotion d'une culture de paix et de non-violence, de la citoyenneté mondiale et de l'appréciation de la diversité culturelle et de la contribution de la culture au développement durable".

L'éducation à la citoyenneté mondiale (ECM) et l'éducation au développement durable (ESD) ont été reconnues comme des approches qui se renforcent mutuellement, possédant des points communs et des caractéristiques spécifiques. Ces deux approches accordent la priorité à la pertinence et au contenu de l'éducation, afin que l'éducation contribue à construire un monde durable, dans la paix. Elles mettent en avant toutes les deux la nécessité de favoriser l'acquisition des connaissances, des compétences, des valeurs, des attitudes et des comportements permettant aux individus de prendre des décisions éclairées et d'assumer un rôle actif aux niveaux local, national et mondial. Elles correspondent cependant à des agendas, des discours et des cadres politiques internationaux différents.

L'approche de l'UNESCO en matière d'éducation à la citoyenneté mondiale s'appuie sur sa longue expérience en matière d'éducation à la paix et aux droits de l'homme (PHRE), en estimant que l'éducation aux droits de l'homme et la promotion d'une culture de la paix et de la non-violence renforcent la qualité de l'éducation.

Adapté de : <http://fr.unesco.org>

Le but de l'ECM et de l'ESD est :

- a) De renforcer le rôle de l'UNESCO.
- b) De permettre aux individus de prendre des décisions éclairées.

- c) Que l'éducation contribue à construire un monde durable.
- d) La nécessité de favoriser l'acquisition des connaissances.

Quesito 7 Domanda E - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Éducation à la citoyenneté mondiale

L'Éducation à la citoyenneté mondiale est l'un des domaines d'action stratégiques du programme du Secteur Éducation de l'UNESCO pour la période 2014-2021.

Le travail de l'UNESCO dans ce domaine est guidé par l'Agenda et le Cadre d'action Éducation 2030, notamment la Cible 4.7 des Objectifs de développement durable, qui invitent les pays à "d'ici à 2030, faire en sorte que tous les élèves acquièrent les connaissances et compétences nécessaires pour promouvoir le développement durable, notamment par l'éducation en faveur du développement et de modes de vie durables, des droits de l'homme, de l'égalité des sexes, de la promotion d'une culture de paix et de non-violence, de la citoyenneté mondiale et de l'appréciation de la diversité culturelle et de la contribution de la culture au développement durable".

L'éducation à la citoyenneté mondiale (ECM) et l'éducation au développement durable (ESD) ont été reconnues comme des approches qui se renforcent mutuellement, possédant des points communs et des caractéristiques spécifiques. Ces deux approches accordent la priorité à la pertinence et au contenu de l'éducation, afin que l'éducation contribue à construire un monde durable, dans la paix. Elles mettent en avant toutes les deux la nécessité de favoriser l'acquisition des connaissances, des compétences, des valeurs, des attitudes et des comportements permettant aux individus de prendre des décisions éclairées et d'assumer un rôle actif aux niveaux local, national et mondial. Elles correspondent cependant à des agendas, des discours et des cadres politiques internationaux différents.

L'approche de l'UNESCO en matière d'éducation à la citoyenneté mondiale s'appuie sur sa longue expérience en matière d'éducation à la paix et aux droits de l'homme (PHRE), en estimant que l'éducation aux droits de l'homme et la promotion d'une culture de la paix et de la non-violence renforcent la qualité de l'éducation.

Adapté de : <http://fr.unesco.org>

L'approche de l'UNESCO:

- a) Relève d'une expérience spécifique en matière d'éducation à la paix et aux droits de l'homme.
- b) Correspond à des cadres politiques internationaux différents.
- c) Vise la promotion d'une culture de la paix et de la non-violence.
- d) S'appuie sur son expérience en matière d'éducation à la citoyenneté mondiale.

Quesito 8 Domanda A - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

L'intégration des élèves à besoins particuliers "déchire" les enseignants. « Des profs démunis et déchirés », c'est ce que montre une étude réalisée par Gérald Boutin, professeurs à l'université du Québec à Montréal, dans une étude commandée par un syndicat québécois. L'étude montre le coût humain pour les enseignants chargés d'intégrer et de faire réussir des élèves ayant des difficultés de nature très variée avec des aides et une formation jugées insuffisantes. « Il ressort clairement de cette recherche que la démarche d'intégration scolaire, telle qu'elle se déroule actuellement dans les écoles du Québec, affecte le personnel enseignant tant professionnellement que personnellement », explique G. Boutin. « Étant donné la disparité dans la composition de la classe, le grand nombre d'élèves HDAA et la multiplicité de leurs handicaps, il leur est difficile de répondre aux besoins de tous les élèves... Plusieurs professeurs éprouvent un fort sentiment d'isolement, d'incapacité et même d'incompétence, malgré leur désir d'intégrer adéquatement les élèves HDAA et de les voir réussir, eux aussi. Certains vont jusqu'à remettre en question leur choix professionnel : « Avoir su, j'aurais fait un baccalauréat en adaptation scolaire, pour aller enseigner en classe spéciale, au moins là, j'aurais eu de plus petits ratios », s'est confiée une enseignante ».

Le Conseil supérieur de l'éducation du Québec a émis récemment un avis sur cette intégration. Il invitait à « à tirer davantage les leçons des expériences faites plutôt qu'à «jeter le bébé avec l'eau du bain» et à se tourner vers autre chose dès qu'une difficulté survient ». Mais le conseil demandait, outre un effort de formation, un soutien plus affirmé. "On ne peut laisser le personnel enseignant seul face au défi de l'intégration et recommande à la ministre de l'Éducation, de concert avec les commissions scolaires, les écoles et les syndicats, de soutenir la diversification et l'assouplissement des pratiques éducatives par des moyens appropriés: temps, budget, ressources humaines et matérielles". Un raisonnement à étendre?

F. Jarraud, le mercredi 20 avril 2016.

L'étude sur l'intégration des élèves à besoins particuliers réalisée par G. Boutin montre :

- a) Des élèves qui ont des difficultés de nature très variée.
- b) Des professeurs avec une formation et des aides insuffisantes.
- c) Des professeurs déchirés par des difficultés didactiques avec des élèves HDAA.
- d) Des élèves qui n'ont pas d'aide pour leurs difficultés d'apprentissage.

Quesito 8 Domanda B - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

L'intégration des élèves à besoins particuliers "déchire" les enseignants. « Des profs démunis et déchirés », c'est ce que montre une étude réalisée par Gérald Boutin, professeurs à l'université du Québec à Montréal, dans une étude commandée par un syndicat québécois. L'étude montre le coût humain pour les enseignants chargés d'intégrer et de faire réussir des élèves ayant des difficultés de nature très variée avec des aides et une formation jugées insuffisantes. « Il ressort clairement de cette recherche que la démarche d'intégration scolaire, telle qu'elle se déroule actuellement dans les écoles du Québec, affecte le personnel enseignant tant professionnellement que personnellement », explique G. Boutin. « Étant donné la disparité dans la composition de la classe, le grand nombre d'élèves HDAA et la multiplicité de leurs handicaps, il leur est difficile de répondre aux besoins de tous les élèves... Plusieurs professeurs éprouvent un fort sentiment d'isolement, d'incapacité et même d'incompétence, malgré leur désir d'intégrer adéquatement les élèves HDAA et de les voir réussir, eux aussi. Certains vont jusqu'à remettre en question leur choix professionnel : « Avoir su, j'aurais fait un baccalauréat en adaptation scolaire, pour aller enseigner en classe spéciale, au moins là, j'aurais eu de plus petits ratios », s'est confiée une enseignante ».

Le Conseil supérieur de l'éducation du Québec a émis récemment un avis sur cette intégration. Il invitait à « à tirer davantage les leçons des expériences faites plutôt qu'à «jeter le bébé avec l'eau du bain» et à se tourner vers autre chose dès qu'une difficulté survient ». Mais le conseil demandait, outre un effort de formation, un soutien plus affirmé. "On ne peut laisser le personnel enseignant seul face au défi de l'intégration et recommande à la ministre de l'Éducation, de concert avec les commissions scolaires, les écoles et les syndicats, de soutenir la diversification et l'assouplissement des pratiques éducatives par des moyens appropriés: temps, budget, ressources humaines et matérielles". Un raisonnement à étendre?

F. Jarraud, le mercredi 20 avril 2016.

Quels problèmes dans la démarche d'intégration scolaire au Québec cette étude met-elle en évidence?

- a) La difficulté de répondre aux besoins de tous les élèves ayant une multiplicité d'handicap.
- b) La disparité dans la composition des classes avec des élèves HDAA.
- c) Les commissions scolaires et les professeurs remettent en question leur didactique.
- d) Le fort sentiment d'inadaptation des professeurs face aux démarches d'intégration.

Quesito 8 Domanda C - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

L'intégration des élèves à besoins particuliers "déchire" les enseignants. « Des profs démunis et déchirés », c'est ce que montre une étude réalisée par Gérald Boutin, professeurs à l'université du Québec à Montréal, dans une étude commandée par un syndicat québécois. L'étude montre le coût humain pour les enseignants chargés d'intégrer et de faire réussir des élèves ayant des difficultés de nature très variée avec des aides et une formation jugées insuffisantes. « Il ressort clairement de cette recherche que la démarche d'intégration scolaire, telle qu'elle se déroule actuellement dans les écoles du Québec, affecte le personnel enseignant tant professionnellement que personnellement », explique G. Boutin. « Étant donné la disparité dans la composition de la classe, le grand nombre d'élèves HDAA et la multiplicité de leurs handicaps, il leur est difficile de répondre aux besoins de tous les élèves... Plusieurs professeurs éprouvent un fort sentiment d'isolement, d'incapacité et même d'incompétence, malgré leur désir d'intégrer adéquatement les élèves HDAA et de les voir réussir, eux aussi. Certains vont jusqu'à remettre en question leur choix professionnel : « Avoir su, j'aurais fait un baccalauréat en adaptation scolaire, pour aller enseigner en classe spéciale, au moins là, j'aurais eu de plus petits ratios », s'est confiée une enseignante ».

Le Conseil supérieur de l'éducation du Québec a émis récemment un avis sur cette intégration. Il invitait à « à tirer davantage les leçons des expériences faites plutôt qu'à «jeter le bébé avec l'eau du bain» et à se tourner vers autre chose dès qu'une difficulté survient ». Mais le conseil demandait, outre un effort de formation, un soutien plus affirmé. "On ne peut laisser le personnel enseignant seul face au défi de l'intégration et recommande à la ministre de l'Éducation, de concert avec les commissions scolaires, les écoles et les syndicats, de soutenir la diversification et l'assouplissement des pratiques éducatives par des moyens appropriés: temps, budget, ressources humaines et matérielles". Un raisonnement à étendre?

F. Jarraud, le mercredi 20 avril 2016.

Pourquoi les professeurs éprouvent un fort sentiment d'incapacité ?

- a) Parce qu'ils ne réussissent pas à intégrer les élèves HDAA dans les classes.
- b) Parce qu'ils ne veulent plus enseigner dans des classes spéciales.
- c) Parce qu'ils remettent en question la composition des classes spéciales.
- d) Parce que leur baccalauréat en adaptation scolaire est insuffisant.

Quesito 8 Domanda D - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

L'intégration des élèves à besoins particuliers "déchire" les enseignants. « Des profs démunis et déchirés », c'est ce que montre une étude réalisée par Gérald Boutin, professeurs à l'université du Québec à Montréal, dans une étude commandée par un syndicat québécois. L'étude montre le coût humain pour les enseignants chargés d'intégrer et de faire réussir des élèves ayant des difficultés de nature très variée avec des aides et une formation jugées insuffisantes. « Il ressort clairement de cette recherche que la démarche d'intégration scolaire, telle qu'elle se déroule actuellement dans les écoles du Québec, affecte le personnel enseignant tant professionnellement que personnellement », explique G. Boutin. « Étant donné la disparité dans la composition de la classe, le grand nombre d'élèves HDAA et la multiplicité de leurs handicaps, il leur est difficile de répondre aux besoins de tous les élèves... Plusieurs professeurs éprouvent un fort sentiment d'isolement, d'incapacité et même d'incompétence, malgré leur désir d'intégrer adéquatement les élèves HDAA et de les voir réussir, eux aussi. Certains vont jusqu'à remettre en question leur choix professionnel : « Avoir su, j'aurais fait un baccalauréat en adaptation scolaire, pour aller enseigner en classe spéciale, au moins là, j'aurais eu de plus petits ratios », s'est confiée une enseignante ».

Le Conseil supérieur de l'éducation du Québec a émis récemment un avis sur cette intégration. Il invitait à « à tirer davantage les leçons des expériences faites plutôt qu'à «jeter le bébé avec l'eau du bain» et à se tourner vers autre chose dès qu'une difficulté survient ». Mais le conseil demandait, outre un effort de formation, un soutien plus affirmé. "On ne peut laisser le personnel enseignant seul face au défi de l'intégration et recommande à la ministre de l'Éducation, de concert avec les commissions scolaires, les écoles et les syndicats, de soutenir la diversification et l'assouplissement des pratiques éducatives par des moyens appropriés: temps, budget, ressources humaines et matérielles". Un raisonnement à étendre?

F. Jarraud, le mercredi 20 avril 2016.

Quel avis a émis le Conseil supérieur de l'éducation du Québec ?

- a) Il suggère de se tourner vers autre chose.
- b) Il conseille de « jeter le bébé avec l'eau du bain ».
- c) Il invite à tirer profit des expériences faites.
- d) Il demande un nouvel effort de compréhension.

Quesito 8 Domanda E - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

L'intégration des élèves à besoins particuliers "déchire" les enseignants. « Des profs démunis et déchirés », c'est ce que montre une étude réalisée par Gérald Boutin, professeurs à l'université du Québec à Montréal, dans une étude commandée par un syndicat québécois. L'étude montre le coût humain pour les enseignants chargés d'intégrer et de faire réussir des élèves ayant des difficultés de nature très variée avec des aides et une formation jugées insuffisantes. « Il ressort clairement de cette recherche que la démarche d'intégration scolaire, telle qu'elle se déroule actuellement dans les écoles du Québec, affecte le personnel enseignant tant professionnellement que personnellement », explique G. Boutin. « Étant donné la disparité dans la composition de la classe, le grand nombre d'élèves HDAA et la multiplicité de leurs handicaps, il leur est difficile de répondre aux besoins de tous les élèves... Plusieurs professeurs éprouvent un fort sentiment d'isolement, d'incapacité et même d'incompétence, malgré leur désir d'intégrer adéquatement les élèves HDAA et de les voir réussir, eux aussi. Certains vont jusqu'à remettre en question leur choix professionnel : « Avoir su, j'aurais fait un baccalauréat en adaptation scolaire, pour aller enseigner en classe spéciale, au moins là, j'aurais eu de plus petits ratios », s'est confiée une enseignante ».

Le Conseil supérieur de l'éducation du Québec a émis récemment un avis sur cette intégration. Il invitait à « à tirer davantage les leçons des expériences faites plutôt qu'à « jeter le bébé avec l'eau du bain » et à se tourner vers autre chose dès qu'une difficulté survient ». Mais le conseil demandait, outre un effort de formation, un soutien plus affirmé. "On ne peut laisser le personnel enseignant seul face au défi de l'intégration et recommande à la ministre de l'Éducation, de concert avec les commissions scolaires, les écoles et les syndicats, de soutenir la diversification et l'assouplissement des pratiques éducatives par des moyens appropriés: temps, budget, ressources humaines et matérielles". Un raisonnement à étendre?

F. Jarraud, le mercredi 20 avril 2016.

Le Conseil supérieur de l'éducation du Québec recommande :

- a) De soutenir la diversification des pratiques éducatives.
- b) De ne pas laisser seules les commissions scolaires.
- c) De ne pas considérer les professeurs les seuls responsables de ces difficultés.
- d) De faire un effort vers d'autres pratiques éducatives.